

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

38. Jahrgang / 243

20. Dezember 1983

Robert Antretter MdB analysiert die Rolle der Sozialdemokraten für die Bildung eines sozial und wirtschaftlich reformierten Europa. Seite 1

Alwin Brück MdB stellt Eindrücke einer Parlamentarierreise nach Portugal vor: Warten auf Europa. Seite 3

Herta Däubler-Gmelin MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, kritisiert Blöms Vorstellung von der "Arbeit auf Abruf". Seite 5

Harald B. Schäfer MdB fordert, daß Konsequenzen aus der Windscale-Affäre gezogen werden. Seite 6

Horst Isola, Stellvertretender AsJ-Bundesvorsitzender, wirft dem Bundesjustizminister vor, das Scheitern der Reform des Strafvollzugsgesetzes zu begünstigen. Seite 7

Das Athener Gipfel-Fiasko ist auch eine Chance

Für Sozialdemokraten kann es keine Europamüdigkeit geben

Von Robert Antretter MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Kein Zweifel: Die Beratungen des Europäischen Parlaments zum Haushalt '84 sind ein Spiegelbild des Fiaskos des "Europäischen Rates" in Athen. Auch für uns Sozialdemokraten könnte die Enttäuschung kaum bitterer sein. In einer Situation, da es in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft über zwölf Millionen arbeitslose Menschen gibt, werden international abgestimmte Strategien der Wirtschaftspolitik dringlicher denn je. Es wäre unverantwortlich, wenn die nach dem Versagen der zehn Regierungschefs an sich verständliche Europamüdigkeit weiter um sich griffe.

Ein halbes Jahr vor der zweiten Direktwahl des Europäischen Parlamentes sind wir auf handfeste Erfolge angewiesen. Vor allem wir Sozialdemokraten brauchen das Interesse und die Motivation der Arbeitnehmer für Europa. Schließlich wollen wir, daß der 17. Juni 1984 zum Tag der Abrechnung mit der Kohl-Politik wird. Der Gang zur Wahlurne muß sich für Arbeitnehmer lohnen, weil sie wissen, daß die SPD für die Sicherung der Arbeitsplätze steht, während die anderen Parteien Arbeitslosigkeit als Mittel eigener Machtbehauptung einkalkulieren.

Immerhin hat der Nikolaustag in Athen das vollmundige CDU/CSU-Gerede über das "Wunder von Stuttgart" als heiße Luft entzaubert. Die Sprüche, Kohl habe die Gemeinschaft vor dem Zusammenbruch gerettet und Reformbeschlüsse vorbereitet, sind wie Seifenblasen zerstoßen. Der Stuttgarter "Wechsel auf die Zukunft" ist in der Tat ungedeckt gewesen. Kohls tolpatschige - in der Union freilich bewährte - Kunst des Aussitzens von Problemen wurde zum Ärgernis, als es galt, mit einem politischen Gesamtentwurf an Strukturfragen der Europäischen Gemeinschaft heranzugehen. Man muß befürchten, daß die nach dem Schock keimende Hoffnung, die jetzt das

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1

Verantwortlich: Ulrich
v. d. Heide
Redaktion: 8 12-1



Heil von der französischen Präsidentschaft erwartet, ebenfalls scheitern wird, wenn in Paris die Stunde der Wahrheit schlägt. Abermals sitzt dann ein deutscher Bundeskanzler am Verhandlungstisch, der zwar den Willen zur Harmonie hat und über freundliches Lächeln verfügt, ansonsten aber mit Spickzetteln und ständigen Beratern seine ganze Hilflosigkeit offenbart. Die Grenzen einer "Gesprächsdiplo-matie", die ohne Detailkompetenz auskommt, sind jedenfalls schneller und schonungsloser aufgedeckt worden, als es selbst Kohl-Freunde für möglich gehalten haben.

Schadenfreude ist jedoch fehl am Platze. Denn zu viel steht auf dem Spiel. Für die Zukunft der europäischen Völker unverzichtbare Entscheidungen sind bei solcher "Gipferei" längst überfällig geworden. Reform der Agrarpolitik, Lösung der Haushaltsprobleme, Klarheit in der Energie-, Stahl- und Textilpolitik, Gemeinschaftsinitiativen im Umweltschutz, Beitritt von Spanien und Portugal, Strategien im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit - Fehlanzeigen auf der ganzen Linie!

Dabei sind die Fakten eindeutig: Das Gemeinschaftsinteresse verweist zunächst auf die politische Gestaltung eines europäischen Wirtschafts- und Sozialraumes, der sich gegen die Hauptkonkurrenten USA und Japan zu behaupten vermag. 47 Prozent der Exporte der stärksten Wirtschaftsmacht Bundesrepublik gehen in die EG-Staaten. In Baden-Württemberg, jenem Bundesland, dem nach allen Prognosen beim Übergang von der mechanischen zur elektronischen Industriekultur eine Schlüsselrolle zukommt, liegt der Anteil ähnlich hoch. Solche Exportabhängigkeit, insbesondere die konjunkturelle Anfälligkeit der leistungsstärksten Branchen - Maschinenbau, Kraftfahrzeugindustrie, Elektrotechnik -, macht den großen Handlungsbedarf des Staates deutlich.

Die wirtschaftliche Lage Baden-Württembergs zeigt wie in einem Brennglas Risiken und Chancen am Beginn der Dritten Industriellen Revolution. Zum Beispiel hätte eine vorausschauende Industriepolitik, die nicht dem Aberglauben an die "Selbstheilungskräfte des Marktes" anhängt, gewiß den Einbruch der schwäbischen Uhrenindustrie verhindern können. Dem marktwirtschaftlichen Credo, das staatliche Eingriffe als Dirigismus abqualifiziert, mußten Tausende von Arbeitsplätzen geopfert werden. Das Tabu, Investitionslenkung dürfe nicht sein, verhindert, daß das enorme Forschungspotential Baden-Württembergs - 25 Prozent aller Forscher der Bundesrepublik arbeiten hier - zur systematischen und regional ausgewogenen Landesentwicklung eingesetzt wird.

Letztlich kann solcher Ressourcenvergeudung nur dann begegnet werden, wenn ein direkt gewähltes Europa-Parlament stark genug ist, um auf europäischer Ebene im demokratischen Prozeß eine integrierte Struktur-, Regional- und Sozialpolitik durchzusetzen. Daher wollen wir Sozialdemokraten - und sagen es mit Nachdruck - daß das Europa-Parlament ein erweitertes und verbessertes Haushaltsrecht bekommt, ein Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren der Gemeinschaft erhält und bei Gemeinschaftsbeschlüssen zu Verordnungen, Richtlinien und Verträgen mitentscheiden kann. Wir wollen für die Bürger Europas mehr Einwirkungsmöglichkeit erreichen und mehr demokratische Verbindung und Durchschaubarkeit schaffen.

Die dafür notwendigen Konzepte der "umweltverträglichen Re-Industrialisierung Europas" sind in der Sozialistischen Fraktion erarbeitet worden. Diesem Ansatz entspricht der eben erschienene "Report Zukunft Baden-Württemberg", der die SPD-Alternative zum Spät(h)kapitalismus darstellt.

Weil wir Sozialdemokraten eine EG-Reform wollen, die sich an unseren Grundwerten orientiert, brauchen wir eine Perspektive, die den technologischen Rückstand gegenüber den USA und Japan aufholt, zugleich aber die kulturelle Einzigartigkeit Europas zeigt. Gerade in der Dritten Industriellen Revolution - beim Sprung ins Zeitalter der Mikroprozessoren und Industrieroboter - wird es entscheidend darauf ankommen, internationale Zusammenarbeit und soziale Demokratie zu praktizieren. Weil die Kohl-Konservativen Planung und Steuerung nach wie vor mit Stalinismus verwechseln, liegt in der heutigen Umbruchsituation eine historische Chance des demokratischen Sozialismus. Weil das Athener Fiasko auch die uneinige Verwirrung der Herrschenden spiegelt, kann es für Sozialdemokraten keine Europamüdigkeit geben. (-/20.12.1983/ks/va)

+ + +



Wir sollten die portugiesischen Hoffnungen nicht enttäuschen

Eindrücke von einer Parlamentarierreise in ein Land, das auf die EG wartet

Von Alwin Brück MdB

"Wir sind Europäer!" beantwortet Premierminister Mario Soares die Frage, was denn die Portugiesen an der Europäischen Gemeinschaft so anziehe, daß sie auf eine schnelle Mitgliedschaft drängen.

Es ist eine einfache und deshalb auch überzeugende Antwort, die Mario Soares in einem Gespräch mit Mitgliedern der Deutsch-Portugiesischen Parlamentariergruppe bei deren Aufenthalt in Portugal in der vergangenen Woche gab. Nur scheint die einfache Feststellung, daß die Portugiesen Europäer sind und sie deshalb selbstverständlichen Anspruch darauf haben, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden, wenn sie es wollen, nicht in allen europäischen Hauptstädten zu überzeugen. In Paris, Rom und Athen sieht man in Portugal, vor allem aber in Spanien mehr den Konkurrenten bei mediterranen Agrarprodukten als die europäischen Länder, die Mitglied der EG werden müssen, und deshalb schleppen sich die Beitrittsverhandlungen für die beiden iberischen Staaten dahin.

In Portugal sieht man das mit großem Unverständnis. Das wurde in allen unseren Gesprächen mit portugiesischen Politikern im Parlament und in der Regierung deutlich. Portugal drängt auf eine rasche Entscheidung. Die Ungeduld und das Unverständnis für die Verhandlungsführung kann man deutlich spüren. Nur nicht bei den Kommunisten. Sie sind gegen den Beitritt Portugals in die Gemeinschaft und behaupten dabei, ihre Gegnerschaft habe keine ideologischen Hintergründe, sondern sei sehr pragmatisch; Portugal drohten nach ihrer Auffassung durch den EG-Beitritt mehr Nach- als Vorteile.

Die demokratisch gewählten Regierungen in Paris, Rom und Athen sollten nicht das Spiel der portugiesischen Kommunisten spielen. Bei der Aufnahme Portugals und Spaniens geht es um mehr als um Rosinen, Wein und Südfrüchte. Zuvor hatten sich die letzten Reste des europäischen Faschismus auf der Iberischen Halbinsel verbissen festgekrampft. Jetzt, da Portugal und Spanien demokratische Staaten geworden sind, gibt es eine politische Verpflichtung der westeuropäischen Demokratien, den beiden Ländern auch den Beitritt in die Europäische Gemeinschaft zu gestatten. Es reicht nicht, daß sie beide Mitglied der NATO sind. Die Integration in das westliche Verteidigungsbündnis kann politisch nicht die Integration in die Europäische Gemeinschaft ersetzen.

Die portugiesische und die spanische Kultur haben einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Kultur geleistet. Die portugiesische und die spanische Sprache sind über die Welt verbreitet. Portugiesen und Spanier können einen Beitrag leisten zur den Beziehungen Europas zu den Ländern der Dritten Welt. Sie sind ihnen näher in Sprache und Mentalität, näher als wir in der Mitte und im Norden Europas.

Lange hatte sich vor allem Portugal von Europa abgewendet. Am westlichen und südlichen Rand unseres Kontinentes, am Atlantischen Ozean liegend, war der Blick jahrhundertlang nach Übersee gerichtet: nach Lateinamerika - man spricht in dessen größtem Land, in Brasilien, portugiesisch -, aber auch nach Afrika, nach Asien.



Noch wird ein Stück Chinas portugiesisch verwaltet. Und Peking drängt nicht auf einen Abzug der Portugiesen. Mit der Unabhängigwerdung der afrikanischen Kolonien, vor allem aber mit dem Sturz der faschistischen Diktatur hat sich die Haltung der Portugiesen gewandelt. Die Portugiesen blicken nach Europa, sie blicken voller Hoffnung nach Europa. Nun sollte sich Europa nicht von ihnen abwenden.

Im Portugal hofft man auf die Bundesrepublik Deutschland. Den Deutschen schlägt viel Sympathie entgegen. Man hat nicht vergessen, daß es die Deutschen waren, die nach dem Sturz der faschistischen Diktatur am 25. April 1974 an eine demokratische Entwicklung in Portugal glaubten, auch noch zu einem Zeitpunkt, als in anderen westlichen Staaten, vor allem aber in den USA schon fast die Furcht gesiegt hatte, Portugal werde nun zur kommunistischen Diktatur. Die Bundesrepublik hat damals mit der Zusage von Entwicklungshilfe - Portugal ist das Land mit dem niedrigsten Bruttosozialprodukt pro Kopf in Westeuropa und von der OECD als Entwicklungsland anerkannt - und der Gewährung von Währungskrediten den Demokraten in Portugal geholfen.

Dieses Vertrauen der Portugiesen in die Deutschen gilt es zu erhalten. Auch dadurch, daß die deutschen Entwicklungshilfe-Leistungen auf der gleichen Höhe wie bisher gehalten werden. Bei einem Zurückgehen der Zusagen könnte der Eindruck entstehen, als ob der Regierungswechsel in Bonn, aber auch der in Portugal von einer rechten zu einer Regierung unter sozialistischer Führung hier Auswirkungen zeigten. In Portugal würde man das nicht verstehen. Zumal jetzt gerade die USA verstärkte Wirtschaftshilfe zugesagt haben.

Die Bundesregierung sollte außerdem die Tatsache, daß alle politischen Kräfte in der Bundesrepublik den Beitritt Portugals und Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft erwünschen, nutzen und stärker als bisher in der Gemeinschaft darauf drängen. Die europäischen Demokraten, und hier sind vor allem die Sozialisten in Frankreich, Italien und Griechenland gefordert, sollten sich ihrer historischen Verantwortung bewußt sein.

(-/20.12.1983/bgy/va)

+ + +



Blüms Arbeit auf Abruf

Wie ein Minister die Arbeitslosen verhöhnt

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Nun ist es also heraus! Im Hause Blüm wurde den ganzen Sommer über an einem Gesetzesentwurf zur "Regelung von Teilzeitarbeit" gebastelt, der jetzt in Teilen bekannt wurde. Der Sprengstoff des Entwurfes liegt in der Legalisierung der sogenannten kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit (Arbeit auf Abruf), einer Teilzeitarbeitsform, die zu über 90 Prozent von Frauen ausgeübt wird.

Damit ist Herr Blüm weiteren Wünschen der Arbeitgeber entgegengekommen, denen diese Arbeitszeitflexibilisierungen genau ins unternehmerische Konzept passen: Solche Arbeit auf Abruf basiert nicht auf tarifvertraglich festgelegten Arbeitsverträgen, sondern ist individuell zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ausgehandelt. Für die Arbeitnehmer bringt diese Arbeitsform erhebliche Nachteile, die in Zukunft noch festgeschrieben werden:

- eine feste Planung und eigenständige Zeiteinteilung wird für die Arbeitnehmer fast unmöglich,
- unvorhergesehene Personalausfälle durch Krankheit und so weiter erfordern häufig zusätzlich ungeplantes Einspringen der Arbeitnehmer,
- tarifvertragliche Rechte wie Überstundenzuschläge, Sparförderung oder Urlaub werden unterlaufen,
- ein berufliches Fortkommen ist für diese Teilzeit-Arbeitskräfte kaum erreichbar.

Der Hauptzweck dieser Arbeit auf Abruf ist klar: Rationalisierungsgewinne im Unternehmensinteresse. Mit Hilfe der kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit werden viele Vollzeit Arbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze aufgeteilt; gleichzeitig nehmen die Leistungsanforderungen an die Arbeitnehmer auf Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen zu. Weitere Absicht, die sich hinter der Arbeit auf Abruf verbirgt: Arbeitszeitflexibilisierungen dienen als Gegenstrategie zur Arbeitszeitverkürzung und zur Entsolidarisierung der Arbeitnehmer.

Wer also gedacht hatte, jetzt einen Entwurf zur arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung von Teilzeit aus dem Hause Blüm vorzufinden, wird bitter enttäuscht. Die Legalisierung der Arbeit auf Abruf stellt eine Verhöhnung tausender arbeitsloser Frauen und Männer dar, die einen sicheren und abgesicherten Arbeitsplatz suchen und statt dessen in Zukunft in ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt werden.

Dieser Entwurf ist ein weiterer Beweis für die Unfähigkeit der Bundesregierung, eine aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben. Diese Bundesregierung vertraut statt dessen auf die "Selbsteilungskräfte des Marktes" - und die haben noch nie im Interesse der Arbeitnehmer gewirkt!
(-/20.12.1983/ks/va)

+ + +



Strahlung aus kerntechnischen Anlagen unterschätzt

Die Erfahrungen von Windscale werfen auch bei uns Fragen auf

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Im Jahre 1957 ereignete sich in der Wiederaufarbeitungsanlage in Windscale (England) ein Unfall, bei dem über 30 Personen radioaktiv verseucht wurden. Durch einen Brand kam es zu starken radioaktiven Emissionen, deren wahres Ausmaß erst kürzlich bekannt wurde.

Im Jahre 1970 zeigten Untersuchungen, daß allein der Verzehr von Algenbrot, eine örtliche Spezialität, noch in über 100 Kilometer Entfernung von der Anlage in Windscale zu einer Strahlenbelastung der Bevölkerung führte, die die Grenzwerte der Bundesrepublik Deutschland bis über das 200-fache übersteigt.

Im Jahre 1983 wurden nun Berichte über eine Erhöhung der Krebshäufigkeit in der Umgebung von Windscale bekannt. Ein mehrere Kilometer breiter Strandabschnitt mußte wegen radioaktiver Verseuchung für den Badeverkehr geschlossen werden.

Diese Tatsachen lassen den Schluß zu, daß die Belastung, die durch radioaktive Strahlung aus kerntechnischen Anlagen entsteht, bisher unterschätzt wurde. Für die dicht besiedelte Bundesrepublik Deutschland ist es wichtig, daraus Konsequenzen zu ziehen. Bei der geplanten deutschen Wiederaufarbeitungsanlage darf nicht, wie beabsichtigt, auf eine Rückhaltung der radioaktiven Giftstoffe Krypton 85 und Kohlenstoff 14 verzichtet werden. Eine "Politik der hohen Schornsteine" ist der falsche Weg. Ebenso muß bei der Änderung der Strahlenschutzverordnung darauf geachtet werden, daß es zu keinem Abbau des Strahlenschutzes, etwa durch Erhöhung der Freigrenzen für radioaktive Stoffe, kommt, wie es unter anderem in dem Entwurf der Bundesregierung vorgesehen ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Bundesregierung:

- 1/ In welcher Weise zieht die Bundesregierung die Ergebnisse von Untersuchungen aus England, nach denen in der Umgebung der Wiederaufarbeitungsanlage Windscale die Häufigkeit von Krebserkrankungen über dem Durchschnitt liegt, in ihre Überlegungen ein?
- 2/ Wird die Bundesregierung daraus Konsequenzen ziehen und die Emissionsgrenzwerte bei der geplanten deutschen Wiederaufarbeitungsanlage insbesondere für Krypton 85, Kohlenstoff 14 und Tritium herabsetzen und wird die Bundesregierung daraufhin bei der Änderung der Strahlenschutzverordnung (Anpassung an die EG-Richtlinie) die Freigrenzen insbesondere für Technetium 99, Strontium 90, Kohlenstoff 14, Caesium 137, Plutonium und Tritium nicht wie geplant erhöhen?

(-/20.12.1983/ks/va)

+ + +



Im Strafvollzug tickt eine Zeitbombe

Der Bundesjustizminister tut nichts zur Umsetzung des Strafvollzugsgesetzes

Von Horst Isola

Senatsrat in Bremen und Stellvertretender Bundesvorsitzender
der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ)

Das Strafvollzugsgesetz ist am 1. Januar 1977 in Kraft getreten. Nach Ablauf von fast sieben Jahren kann hierzu festgestellt werden: Nicht nur die damals in Aussicht genommenen Reformplanungen (zum Beispiel allmähliche Angleichung des Arbeitsentgelts Gefangener an den Lohn freier Arbeitnehmer, Einbeziehung der Gefangenen in die Kranken- und Rentenversicherung) sind inzwischen zu den Akten gelegt worden, sondern die Strafvollzugsreform insgesamt ist auf dem besten Weg zu scheitern.

Für diese Entwicklung sind im wesentlichen drei Gründe maßgebend:

1. Die Überbelegung der Strafanstalten (mit Ausnahme Bremens),
2. der totale Stillstand in der Kriminalpolitik sowie
3. ein Umschlagen des Reformklimas, verursacht durch die "geistig-moralische" Wende in Bonn.

Fast alle Justizvollzugsanstalten im Bundesgebiet sind so erheblich überbelegt, daß sogar Notquartiere eingerichtet werden mußten. Es ist nicht selten, daß auf Ein-Mann-Zellen zwei oder drei Gefangene zusammengepfercht werden. Eine kurzfristige Änderung der Situation ist nicht absehbar. Im Gegenteil: Die Tendenz ist weiterhin steigend. Betrug Ende 1970 die Gefangenenzahl noch 43.000, belief sie sich 1983 auf weit über 60.000. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die meisten Bundesländer inzwischen die Aufnahme von Verurteilten gestoppt haben, weil die Unterbringungsmöglichkeiten in den Vollzugsanstalten erschöpft sind.

Die Überbelegung hat teilweise unerträgliche Zustände in den Anstalten zur Folge. Gemeinschaftsräume, die bislang für Freizeitveranstaltungen wie beispielsweise Gemeinschaftsfernsehen oder Gruppengesprächen zur Verfügung standen, wurden zu Hafträumen umfunktioniert. Die Arbeitslosigkeit unter den Gefangenen hat dramatische Ausmaße angenommen: Fast jeder zweite Gefangene kann nicht mehr beschäftigt werden; ein großer Teil der Beschäftigten verrichtet überdies nur noch Primitivarbeiten.



Das Vollzugspersonal ist unzumutbaren Bedingungen und Belastungen ausgesetzt, weil der eklatante Anstieg der Gefangenenzahlen personell nicht abgefangen werden kann. Diese Zustände stellen einen Verstoß gegen die Menschenwürde dar. Hier tickt eine Zeitbombe.

Bundesjustizminister Engelhardt (FDP) tut nichts. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß die Bundesländer sehen sollten, wie sie mit der steigenden Zahl der Gefangenen fertig werden. Vorschläge von Bundesländern wie Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bremen, beispielsweise durch die Ausweitung der Strafaussetzung zur Bewährung die Gefangenenquote zu senken, blockt das Bundesjustizministerium ab.

Stattdessen mutet der Bundesjustizminister den Bundesländern den Bau neuer Haftanstalten zu, die jetzt schon pro Haftplatz bis zu DM 400.000 (kosten eines Einfamilienhauses!) kosten. Pro Gefangener werden täglich fast DM 90 aufgewendet, während die Kosten für einen Bewährungshelfer pro Proband und Pro Tag sich nicht einmal auf DM drei belaufen.

Dennoch finden beim Bundesjustizminister Vorschläge, die das Ziel haben, Maßnahmen der Behandlung in Freiheit zu entwickeln beziehungsweise auszubauen, kein Gehör, obwohl diese nicht nur billiger, sondern vor allem auch kriminalpolitisch effektiver wären.

Diese ablehnende Haltung ist auch darauf zurückzuführen, daß das Reformklima seit der Wende in Bonn umgeschlagen hat. Verständnis, Toleranz, Vorurteilslosigkeit und vor allem soziales Engagement von Bürgern für Randgruppen bröckeln zusehends ab. Die Regierung in Bonn unterstützt diesen Trend.

Dem Bundesjustizminister ist vorzuwerfen, daß er diese Entwicklung durch Nichtstun begünstigt und keine Anstalten macht, kriminalpolitische Vorstellungen zu entwickeln, die geeignet wären, dem drohenden Scheitern einer hoffnungsvoll begonnenen Reform entgegenzuwirken. (-/20.12.1983/ks/va)

+ + +

